

Aus: **Der „neue Sandinismus“ in Nicaragua:** Autoritärer Selbstbedienungsstaat oder neues Entwicklungsmodell? Ivo Schnipkoweit, Timm Schützhofer (Hg.)

Wie können wir heute solidarisch sein?

Rudi Kurz

„Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“, so ein viel zitierter Ausspruch von Che Guevara. „Solidarität ist das Zusammengehörigkeitsgefühl, das praktisch werden kann und soll“, so liest es sich im Soziologielexikon (Bernsdorf/Knospe 1969). In der Solidaritätsbewegung mit Nicaragua verstand man Solidarität mindestens in diesen beiden Bedeutungen.

Heute scheint es schwieriger um sie zu stehen. Seit Daniel Ortega 2007 erneut Präsident wurde, lassen sich in der Bundesrepublik unter dem Banner der Nicaragua-Solidarität die unterschiedlichsten Positionen und widersprüchlichsten Aussagen finden. Von einer Verteufelung aller SandinistInnen, die angeblich von einem machtgerigen und undemokratischen Präsidenten und seiner spiritualistischen Ehefrau angeführt und beherrscht würden, bis zur bedingungslosen Identifizierung mit der Regierung als Fortsetzung der Sandinistischen Revolution findet sich eine Unzahl von Einschätzungen. So widersprüchlich sie klingen, so unterschiedlich sind auch die dahinter stehenden Motive und Gefühlslagen.

Da Solidarität im Nord-Süd-Zusammenhang immer eine Angelegenheit zwischen Ungleichen ist, spielt die jeweilige Motivation der Solidarischen gegenüber den Objekten ihrer Solidarität eine zentrale Rolle. Nicht erfüllte Hoffnungen und Erwartungen schlagen sich genauso in der Beziehung nieder wie gemeinsam erarbeitete Ziele oder erreichte Erfolge. Und wie bei allen Beziehungen ist das Fehlen von direkter Kommunikation das Gift, das jede tragfähige Entwicklung verhindert. In schwierigen oder unklaren Situationen wie dem aktuellen Kampf um die politische Ausrichtung und die Macht in Nicaragua wird die Tragfähigkeit solidarischer Beziehungen auf die Probe gestellt. Für alle Beteiligten erschwert es die Situation, dass die vielfältigen Einschätzungen der unterschiedlichen Organisationen aus dem mittelamerikanischen Land natürlich wesentlich durch die dortigen politischen Auseinandersetzungen geprägt sind.

Solidarität im Wandel

Die bundesdeutsche Solidarität mit Nicaragua hat im Laufe ihrer 30-jährigen Geschichte verschiedene Wandlungen vollzogen. Auf die anfänglich eher geringe Unterstützung des sandinistischen Befreiungskampfes folgte seit dem Sieg der Revolution 1979 eine breite Bewegung, die sich zunächst der Unterstützung des sandinistisch dominierten Prozesses zur nationalen Befreiung verschrieben hatte. Nicaragua galt in der damals vom Ost-West-Konflikt geprägten Welt als Beispiel für einen möglichen Weg abhängiger Länder zwischen kapitalistischer Barbarei und sozialistischem Zwangsregime. Die bundesdeutsche Solidarität mit Nicaragua manifestierte sich einerseits in der Unterstützung zentraler Kampagnen der Sandinistischen Regierung – Bildung, Gesundheit, *Nicaragua debe sobre vivir...* –, andererseits identifizierte man sich am liebsten mit dem Begriff der *kritischen* Solidarität. Bewusst grenzten sich viele Beteiligte von einer Funktion als „Freundschaftsgesellschaft“ ab, wie sie die BRD-Kuba-Solidarität prägte, sie wollten sich mit den politischen Prozessen im Land auseinandersetzen, die politischen Entwicklungen und Entscheidungen verstehen und selbst bewerten (aber nicht immer verteidigen).

Schon bald aber verließ ein erheblicher Teil der Engagierten dieses Boot und setzte auf persönliche Beziehungen, lokale Partnerschaften mit Städten, Gemeinden oder Projekten. Es ging nicht mehr nur um das große Ganze der Revolution, sondern um eine gemeinsame Aktivität im kleinen Rahmen, um die Verwirklichung von etwas mehr Gerechtigkeit – z.B. durch das Engagement von Menschen in Sprockhövel und Dario/Nicaragua.

Auf FSLN-Seite hatte man sich eigentlich immer direktere und gradlinigere Beziehungen zu den bundesdeutschen Soligruppen gewünscht. Den sich wiederholenden Diskussionsprozessen und der begrenzten Verbindlichkeit konnte man irgendwann nicht mehr viel abgewinnen. Deshalb ließen die

Sandinisten die bundesdeutsche Solidarität gewähren und nahmen natürlich die von ihr geleistete Unterstützung gerne an, aber der Glaube an eine verlässliche politische Partnerschaft ließ sich nach einigen Erfahrungen nicht mehr aufrecht erhalten.

Im Unterschied zur Solidaritäts-Bewegung in anderen westeuropäischen Ländern war die bundesdeutsche Soli-Szene besonders heterogen, ihre Mitglieder kamen aus christlichen Basisgruppen, Sozialdemokratie und Gewerkschaften oder der Autonomen-Bewegung. Die entstandene unabhängige Solidaritätsstruktur hatte keine gemeinsame politische Heimat oder Vorbilder für ihre Zusammenarbeit. Sie entstand als eine Art Selbstversuch im heterogenen lockeren Bündnis, das Freiraum ließ für die verschiedenen weltanschaulichen Prägungen der Aktiven. Mit dem Machtverlust der Sandinisten 1990 veränderten sich auch für die Solidaritätsgruppen die Grundlagen ihrer Arbeit, noch bis zuletzt waren sie gegen die äußere Bedrohung und Einmischung und für die zentralen politischen Ziele der Revolution aktiv geblieben. Ansprechpartner für Aktivitäten konnten nicht mehr die offiziellen Regierungsstellen sein, kooperiert wurde nun mit von Sandinisten gegründeten Stiftungen, sozialen Organisationen, Bewegungen und NGOs. Diese übernahmen an vielen Stellen die Koordination und Abwicklung von Austausch und Hilfsaktionen und wurden zu den wichtigsten Ansprechpartnern der Solidaritätsgruppen und -organisationen aus Europa.

NGO-Weltmeister

Die Gründung der vielen verschiedenen NGOs im postrevolutionären Nicaragua entsprach zum einen der Interessenslage der Sandinisten in Nicaragua und ihrer Kooperationspartner. Niemand wollte mit den neuen Machthabern zusammenarbeiten, die ihre Position vor allem dem Krieg und dem Geld der USA zu verdanken hatten. Niemand wollte, dass diese Politiker einen wesentlichen Einfluss auf die Kooperation und Unterstützung aus dem Ausland gewinnen. Durch die Verlagerung der Kooperation von staatlichen Institutionen auf neu gegründete NGOs gelang es, die Fortführung der Kooperation unabhängig von offiziellen Stellen zu organisieren. Von Sandinisten gegründete NGOs wurden dabei als Vertreter der begünstigten Bevölkerung eingesetzt, übernahmen halboffizielle Vertretungen wie z.B. im Zusammenhang mit Städtepartnerschaften. Auf der anderen Seite waren die neu gegründeten NGOs auch eine Form sozialer Versorgung sandinistischer FunktionärInnen, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden darf. All dies führte dazu, dass Nicaragua Ende der 1990er Jahre als NGO-Weltmeister bezeichnet wurde. Nach Zahlen der Vereinten Nationen hatte das mittelamerikanische Land damals gemessen an der Bevölkerungszahl die meisten NGOs weltweit.

Da sich in der aktuellen Situation sowohl in Nicaragua als auch in der Solidaritätsbewegung eine Vielzahl der Konflikte auf Positionen von NGOs beziehen, ist es wichtig, deren Hintergründe näher zu beleuchten. Zur Eingrenzung des häufig inflationär verwendeten NGO-Begriffs wird hier bewusst nicht die offene Definition z.B. der UNO verwendet, nach der alle nichtstaatlichen Organisationen von Umweltgruppen bis zur Industriobby als NGOs bezeichnet werden. Sinnvoller erscheint mir die von Altwater/Brunnengräber (2002) gewählte relativ enge Definition, unter der sie Organisationen mit sozialpolitischem Schwerpunkt in Bereichen wie Migration, Menschenrechte, Umwelt und Entwicklung fassen. Auch viele wichtige Kooperationspartner in der EZ wie soziale Bewegungen, Selbsthilfeorganisationen, Kooperativen, Stiftungen u.v.m. können demnach nicht als NGOs gefasst werden.

Wichtiges Kennzeichen der NGO-Arbeit ist es, dass die örtliche Bevölkerung zwar an Programmen oder Aktionen teilnimmt, die Entscheidung über Organisation und Durchführung aber nicht bei ihnen, sondern bei der jeweiligen NGO und eventuell beim ausländischen Geldgeber liegt. Im Gegensatz zum guten Ruf steht das Wort NGO also nicht notwendig für eine demokratische Struktur, im Wesentlichen sind diese Organisationen nur ihren Auftraggebern und Finanzierungsorganisationen im Norden und der Bezahlung ihrer Mitarbeiter verpflichtet (vgl. Altwater/Brunnengräber 2002).

Die in Nicaragua von SandinistInnen Anfang der 1990er Jahre gegründeten NGOs entwickelten sich auf der Grundlage ihrer Kontakte zu Solidaritäts-, Partnerschafts- und EZ-Organisationen. Ihre

weitere Konsolidierung zu einem tragfähigen „Wirtschaftszweig“ mit relativ festem Personalstamm steht im Zusammenhang mit einer zeitgleichen Veränderung: Die Geberländer und -organisationen hielten im Rahmen der allgemeinen Privatisierungswellen NGOs für ein günstigeres und geeigneteres Instrument der EZ als die direkte staatliche Hilfe. Die nicaraguanischen NGOs waren demzufolge auch eine Antwort auf neoliberale Tendenzen der Geberländer und des Empfängerlandes. NGOs sollten mit ihrer kostengünstigen Arbeit vormalige Staatsaufgaben übernehmen. Die heute auch von NGOs vorgetragene Kritik, dass die Regierung Gelder aus Venezuela am Parlament vorbeischleuse, ist angesichts dieser Vorgeschichte nur schwer verständlich, denn viele verdanken ihre Existenz vor allem dem Herauslösen der Entwicklungskooperation aus dem politischen System.

Wer die Entwicklung verschiedener nicaraguanischer NGOs verfolgt hat, konnte dabei auch ihr verändertes Agieren auf dem „Gebermarkt“ beobachten. Aus Organisationen, die anfangs vor allem die bereits initiierten Programme sandinistischen Ursprungs bearbeiteten, entwickelten sich Akteure, die aus allen aktuellen Themen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) sehr schnell Finanzanträge generieren konnten. Als Basis für den Zugang der NGOs zu Finanzmitteln spielten neben den guten Beziehungen zu Finanzierungsorganisationen der zugehörige Kreis an KlientInnen und die übernommenen Aufgaben in Nicaragua eine wichtige Rolle.

Während der drei neoliberalen Regierungen Nicaraguas wuchsen die von NGOs übernommenen Aufgaben immer weiter. Frauenorganisationen gründeten landwirtschaftliche Kooperativen, initiierten Kreditfonds, medizinische Versorgung, Bildungsfonds oder eigene Bildungsangebote und wurden so zu einer Art „Vollversorger“ für ihre KlientInnen. Paradoxerweise arbeiteten häufig in denselben Dörfern gleich mehrere NGOs und soziale Organisationen mit einzelnen Gruppen der BewohnerInnen zusammen; in klassisch neoliberaler Arbeitsteilung übernahmen sie originäre Staatsaufgaben.

Eine nüchterne Betrachtung der Tätigkeit vieler nicaraguanischer NGOs legt den Schluss nahe, dass ihr Handeln klassisch unternehmerisch motiviert ist. Die besondere Situation der NGOs besteht letztlich in der Außenfinanzierung ihrer Arbeit, durch die kein klassisches Verhältnis zwischen anbietendem Unternehmer und bezahlendem Kunden besteht, sondern noch eine dritte Instanz – eine staatliche Stelle oder mit staatlichen Geldern arbeitende NGO aus dem Norden – mit jeweils eigenen Interessen beteiligt ist.

Dass das Nebeneinander von NGOs und sozialen Bewegungen in Nicaragua nicht konfliktfrei funktionierte, zeigte im Lauf der Jahre so mancher Versuch von NGOs, im Arbeitsfeld anderer Organisationen neue KlientInnen anzuwerben. Mehr KlientInnen ermöglichten eine größere Aktionsfähigkeit, höhere Finanzanträge und einen größeren regionalen Einfluss. Die schwach ausgeprägte inhaltliche Kontrolle der aus dem Norden stammenden Finanzierungsorganisationen trug zusätzlich dazu bei, dass NGOs in Nicaragua in ihrer Arbeit eine weitgehende Autonomie erreichen konnten. Letztendlich führte dieser Prozess dazu, dass einzelne erfolgreiche NGOs über die Zugänge zu den „Fleischtopfen“ der Entwicklungszusammenarbeit eine relativ große Bedeutung erlangen konnten.

Leider gibt es bisher keine umfassenden Untersuchungen über die Auswirkungen des Strukturwandels in der EZ hin zur NGOisierung und der Aufsplitterung der Leistungen auf die verschiedensten Organisationen. Nicaragua wäre hierfür sicher ein interessantes Untersuchungsgebiet. Noch interessanter wäre die Herausarbeitung der Probleme, die dann entstehen, wenn ein Staat versucht, eigentlich staatliche Aufgaben aus den von NGOs besetzten Arbeitsfeldern wieder selbst zu übernehmen. Offensichtlich liegt es schon in der Natur der Sache, dass eine solche Entwicklung nicht konfliktfrei verläuft.

Der Machtkampf in Nicaragua

Für alle ersichtlich hat sich seit dem Amtsantritt Ortegas der Machtkampf im Land weiter zugespitzt, er überlagert die Diskussion um alle inhaltlichen Fragestellungen. Hierdurch gibt es kaum mehr eine Basis für inhaltliche Diskussionen und die Suche nach vernünftigen Lösungen, die von einer breiten Basis der politisch aktiven Organisationen getragen werden könnten.

Einige Hintergründe dazu: Im „Dorf Nicaragua“ kennt unter den aktiven Personen fast jeder jeden. Das Verhältnis zwischen politischen Kontrahenten ist vielfach durch Misstrauen sowie frühere persönliche und politische Konflikte geprägt. Sandinistische Funktionäre und einstige sandinistische Funktionäre, die heute als NGO-Vertreter agieren, kennen sich oft schon ein Leben lang und haben schon diverse Auseinandersetzungen hinter sich. Ihre Kämpfe sind häufig auch persönliche Konflikte, die an aktuell veränderten politischen Themen neu durchgespielt werden. Da mit den aktuellen Konflikten auch vielfache Auswirkungen auf die Bevölkerung verbunden sind, kann die von allen Seiten betriebene Zuspitzung der Auseinandersetzung auf die politische Machtfrage nur als mangelnde politische Kompetenz gewertet werden. Von der sandinistischen Regierung wurden die NGOs nicht in ihrer selbsternannten Stellung als „Vertreter der Bevölkerung“ anerkannt, sondern als ein Machtfaktor wahrgenommen, der dem von ihr gewünschten Einflussbereich der Partei entgegensteht. Die von den NGO-Vertretern eigentlich erhoffte Einbeziehung in nationale Entwicklungsprogramme der Regierung (wie das *Hambre Cero*), die Finanzierung ihrer Arbeit durch staatliche Gelder oder Mittel aus Venezuela erfolgte nicht. Stattdessen setzte die Regierung für die Durchführung ihrer Entwicklungsförderung auf eigenes Personal, was ihr kostengünstiger erschien und gleichzeitig den Regierungseinfluss sichern sollte. Zumindest mittelfristig gefährdet die von der Regierung gewählte Form zur Durchführung der verschiedenen Entwicklungsmaßnahmen im Land den gesellschaftlichen Einfluss und die wirtschaftliche Grundlage der bestehenden NGOs. So ist es nicht verwunderlich, dass es aus den Reihen der NGOs kaum eine positive Aussage zu vielen der entwicklungspolitisch sinnvollen Ansätzen der Regierung gibt. Während die FSLN an der Regierung in der politischen Nähe zur latino-sozialistischen Ideologie bewusst auf eine relativ starke Stellung des Staates und seiner Institutionen setzt, leben die NGOs durch ein neoliberales Modell mit einem schwachen Staates und nur geringen Leistungen zur Versorgung der Bevölkerung deutlich besser. Die schnell entstandenen Bündnisse einiger (hauptsächlich politisch agierender) NGOs mit der MRS und dem neoliberalen Montealegre vertieften die Gräben zum Regierungslager weiter. Der Vorwurf der Ortega-Regierung, dass einzelne NGOs im Land aus den USA gesteuert würden, wirkt auf der einen Seite wie ein Totschlagargument, ist aber angesichts der Finanzierung einiger wesentlicher Gegner der Sandinisten aus dem NGO-Lager durch das *National Endowment for Democracy* (NED) und angesichts des Verhaltens von einigen Akteuren dieser NGOs in einzelnen Fällen berechtigt. Nicht umsonst fordern wichtige US-Organisationen wie die *Campaign for Labor Rights*, *Nicaragua Network*, *Venezuela Solidarity Network* und andere die Abschaffung des NED als politisches Einfluss-Instrument der US-Regierung – ähnlich der früheren Forderung der Nicaragua-Solidaritätsbewegung bei uns, die Finanzierung der Auslands-Arbeit politischer Stiftungen aus Geldern der EZ einzustellen (vgl. Kurz 2008: 7-12).

Solidarität mit wem?

Das „Objekt“ der Solidarität war für die deutsche Nicaragua-Solidarität immer schwierig zu bestimmen. Die häufig wiederholte Formel einer „Solidarität mit dem Volk Nicaraguas“ war zu allen Zeiten äußerst fragwürdig, benutzte sie doch einen sonderbar widersprüchlichen Volksbegriff. Die zeitweise hochgehaltene „Solidarität mit der FSLN“ war und ist nicht besser, denn natürlich war und ist die FSLN eine Partei, in der es auch sehr fragwürdige Entwicklungen und Entscheidungen gab und gibt. Das Bedürfnis der Partei zu einer weitgehenden Kontrolle über alle Entwicklungen im Land war schon immer vorhanden, mangelnde parteiinterne Demokratie und die Pflege des „Verticalismo“ vor allem im Umgang mit den „Massenorganisationen“ waren auch zu Zeiten der Revolution ein stetig problematisiertes Thema. Die nachträgliche Glorifizierung der Sandinistischen Revolution durch Werke wie „Adios Muchachos“ (Ramirez 2001) sind m.E. im Wesentlichen als eine Art Geschichtsklitterung zu werten, als nachträgliche Versuche, frühere Widersprüchlichkeiten und die eigene Verantwortung in diesen auszublenden. Am stärksten fühlte sich die deutsche Solidaritätsbewegung immer dann, wenn sie eindeutige Feindbilder und klare Kämpfe „Gegen ...“ führen konnte. Dass die nicaraguanische Gesellschaft immer genauso vielschichtig und von verschiedenen Motiven und Interessen geprägt war, wie das

auch sonst auf der Welt üblich war und ist, konnten die Nicaragua-Reisenden zwar vor Ort manchmal erkennen, dies fand aber kaum einen Niederschlag in den Analysen und Aussagen der Soli-Bewegung.

Differenzierte Wahrnehmung gehört zur Solidarität

Wenn heute gefragt wird, wie „wir mit der FSLN solidarisch“ sein können, so dient die Art der Fragestellung bereits eher der Fortsetzung geliebter Freund- und Feindbilder. Es ist unwahrscheinlich, dass hieraus eine differenzierte Wahrnehmung des Landes, der politischen Akteure sowie der möglicherweise sinnvollen oder problematischen Entwicklungen erwachsen kann.

Konkret steht die Ortega-Regierung seit 2007 für viel mehr Verbesserungen im Sinne der armen Bevölkerungsschichten, als dies irgendeine der neoliberalen Vorgängerrgierungen von sich behaupten kann. Viele Darstellungen aus dem Spektrum der alten deutschen Soli-Bewegung mit Nicaragua, die nun zahlreiche soziale Initiativen der Sandinisten unter dem Stichwort „Klientelismus“ abtun, sind nicht in der Lage, diese Entwicklung ausreichend differenziert darzustellen. Wie in der Vergangenheit werden eindeutige Feindbilder gesucht und gepflegt. Es wird sich an einem „machtbesessenen Ortega“ abgearbeitet, ohne die Anstrengungen vieler Personen zu würdigen, die sich der FSLN zugehörig fühlen, und sich noch ernsthaft mit deren Anliegen auseinander zu setzen.

Ein ernsthaftes Verständnis von Solidarität erfordert deshalb meines Erachtens, dass die nicaraguanischen Kämpfe um die Macht im Land nicht mit ebenso interessegeleiteten Argumentationen nachgespielt werden, sondern dass sich die aktiven Personen hier differenzierte eigene Positionen zur komplexen Situation erarbeiten. Wenn es keine Unterschiede mehr zwischen den Positionen der staatlichen EZ und den Vertretern der Solidaritätsbewegung gibt oder wenn Vertreter von Soligruppen fordern, der sandinistischen Regierung müssten die EZ-Gelder gestrichen werden, dann hat dies sicher nur noch wenig mit einer Solidarität zu tun, die von Verbundenheit mit den Menschen in Nicaragua geprägt ist. Zu Regierungszeiten des tatsächlich unsäglich korrupten Arnoldo Alemáns wurden derlei Forderungen interessanter Weise nie erhoben.

Nicaragua bietet aktuell sicher nicht die Projektionsfläche für eine einfache Solidaritätsarbeit, die nach einem Gut und Böse-Prinzip handeln kann. Die Situation im Land ist durch die vielfältigen Diskussionen um die Perspektive des Landes und viele verschiedene Interessenlagen gekennzeichnet. In einer solchen Situation bedeutet Solidarität für mich, vor allem die Selbstbestimmung der Menschen über die Zukunft ihres Landes zu fördern. Dies beinhaltet die Zusammenarbeit mit solchen Organisationen in Nicaragua, in denen die Menschen möglichst weitgehend selber über die Aktivitäten entscheiden und in denen demokratische Strukturen mit dem Aufbau einer tragfähigen wirtschaftlichen Basis einhergehen. Selbsthilfeorganisationen, Kooperativen, Organisationen in Gemeinden u.v.a. bieten hierfür eine gute Basis. Die Parteilugehörigkeit der Menschen soll dabei ihre Privatsache sein, nicht aber das Engagement für einen notwendigen sozialen Ausgleich im Land.

Die direkte Kooperation mit Selbsthilfeorganisationen schützt nicht nur vor der Interessendominanz zwischengeschalteter Organisationen, sondern kann einen viel engeren Austausch schaffen, durch den die Aktivitäten der Solidarität enger mit den Bedürfnissen der unterstützten Personenkreise verbunden werden. Eine solche direkte Solidaritätsarbeit hilft mit, die allseits beliebten Luftblasen aus der NGO-Lyrik beiseite zu lassen und wesentliche Bedürfnisse und politische Interessen der armen Bevölkerungsschichten zur Richtschnur solidarischen Handels zu machen.

Ernsthafte Einschätzungen lassen sich nur auf der Grundlage von konkreten politischen Handlungsoptionen und bestehenden Machtverhältnissen finden. Wer die heutige sandinistische Regierung an den Zielen der Sandinistischen Revolution nach 1979 messen will, vergleicht Äpfel mit Kaffeebohnen. Nicaragua im Jahr 2009 ist ein Land ohne sandinistische Mehrheiten, von vielfältigen Interessengruppen geprägt, in dem Mehrheiten nur durch die Zusammenarbeit von heterogenen gesellschaftlichen oder politischen Gruppierungen entstehen, die nur in den seltensten Fällen wirklich zusammen passen. Die daraus resultierenden Interessenausgleiche und politischen

Verschiebeparkplätze haben keine besondere politische Strahlkraft, sind weder fürs Herz noch für den Verstand ein besonderer Anreiz.

Aber in diesem gesellschaftlichen Geben und Nehmen wurden endlich wieder kostenlose Schulbildung, ein umfassendes Programm zur Bekämpfung des Hungers, eine Verbesserung der Gesundheits- und der Nahrungsversorgung und vieles andere ermöglicht.

Die vielen Menschen, die sich in Nicaragua dafür eingesetzt haben, dass eine Perspektive außerhalb des neoliberalen Modells zumindest irgendwann möglich werden kann, haben ein Recht darauf, in ihrem Bemühen ernst genommen zu werden. Ihr Engagement sollte nicht mit Maximalforderungen negiert werden. Niemand wird ernsthaft die aktuelle Ortega-Regierung als die Erfüllung aller revolutionären Träume verkaufen wollen. Durchsetzbare Politik erfordert aber nicht vereinzelte Meinungen, sondern Mehrheitsbildungen. Die Arbeit an sozialen und politischen Perspektiven für Nicaragua ist ohne das Gespräch und die ernsthafte Auseinandersetzung mit den VertreterInnen der FSLN auf allen Ebenen nicht möglich. An der Bereitschaft zu diesem Gespräch mangelt es der alten und der neuen deutschen Nica-Szene schon seit geraumer Zeit.

Dieses Gespräch wieder aufzunehmen darf nicht dazu führen, über die Verletzungen der im Land lebenden Menschen hinweg zu sehen. Die kritische Beobachtung der Auswirkungen des Handelns von Regierungen, Parteien usw. ist ein wichtiger Teil eigenständiger Solidaritätsarbeit. Damit die notwendige Kritik aber als solche bei den politischen Akteuren ankommen und wahrgenommen werden kann, muss sie als substantielle inhaltliche Kritik im Dialog angebracht werden.

Literatur

Altwater, Elmar / Brunnengräber, Achim (2002): NGOs im Spannungsfeld von Lobbyarbeit und öffentlichem Protest, Aus Politik und Zeitgeschichte B 6-7, im Internet abrufbar:

http://www1.bpb.de/publikationen/53HM9R,0,NGOs_im_Spannungsfeld_von_Lobbyarbeit_und_%F6ffentlichem_Protest.html, Abrufdatum: 30.01.2010

Bernsdorf, Wilhelm/ Knospe, Horst [Hrsg.] (1969): Internationales Soziologenlexikon, Stuttgart

Kurz, Rudi (2008): Gefährliche Tendenzen in Nicaragua?, in: Nicaragua Aktuell, 2/2008, S. 7-12 im Internet abrufbar: http://www.nicaragua-forum.de/meldungen/2008/nicakt_2-08.pdf

Ramirez, Sergio (2001): Adios, Muchachos! Wuppertal

Sorj, Bernardo (2007): ¿Pueden las ONG reemplazar al Estado? *Sociedad civil y Estado en América Latina*, in: NUEVA SOCIEDAD, Nr. 210, im Internet abrufbar:

http://www.nuso.org/upload/articulos/3445_1.pdf, Abrufdatum: 30.01.2010

Zimmermann, Yvonne (2004): Stellvertretung als Programm - NGOs als Vertretung der Zivilgesellschaft, in vorwärts die sozialistische Wochenzeitung., Schweiz, 22.12.2004